

Redebeiträge bei der **Demonstration** im Rahmen des bundesweiten Aktionstags

BAföG für Alle – statt Profite für wenige!

am 28. Juni 2024 in Hamburg

Inhalt

Lily Parchwitz (FSR Soziale Arbeit an der HAW Hamburg).....	1
Grußwort der ver.di Betriebsgruppe der HAW Hamburg	2
Carla Schmidtke (SDS Carl von Ossietzky Universität Oldenburg)	3
Grußwort ans Solidaritätscamp: Frieden in Palästina	6
Sabine Derboven (AStA HAW Hamburg)	8
Franz Krause (Aktiver in ver.di)	10
Grußwort der ver.di-Betriebsgruppe des Hamburger Studierendenwerks	11
Golnar Sepehrnia (Referat für internationale Studierende im AStA der Universität Hamburg)	12
Florian Muhl (GEW Hamburg).....	15
Grußwort aus dem AStA der Universität Bremen	17
Joachim Schaller (Rechtsanwalt der Studierendenschaft der Uni Hamburg).....	18
Helen Vogel („BAföG für Alle“-Kampagne	21



Lily Parchwitz (FSR Soziale Arbeit an der HAW Hamburg)

Hallo, ich bin Lily, aktiv im Fachschaftsrat Soziale Arbeit und finde es braucht ein Ende der Bescheidenheit unter uns Studierenden. Häufig wird uns erzählt: Lehrjahre seien keine Herrenjahre und wer BAföG bezieht, würde dem Staat auf der Tasche liegen, ähnlich wie beim Hartz IV. Doch der Staat ist kein Selbstzweck, sondern für uns Menschen da! Und das Studium ist keine individuelle Angelegenheit, sondern ein Beitrag zur Gesellschaft!

Denn als Studierende produzieren wir Wissen und dadurch ist Studium eine produktive Tätigkeit. Wir Studierende sind in diesem Sinne geistige Arbeiterinnen und Arbeiter und sollten entsprechend auch bezahlt werden.

Was unser aller Mensch-Sein ausmacht, ist – durch Arbeit gemeinsam und stetig – unsere Lebensbedingungen zu bestimmen und zu gestalten. Deshalb wurde in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte **jeder und jedem** das Recht auf Arbeit zugesprochen. Und nach Artikel 12 des Grundgesetzes gilt das Recht auf freie Berufswahl. Dieses beinhaltet nicht nur, dass der Zugang zur oft erforderlichen Bildung ermöglicht ist, sondern auch, dass die notwendigen materiellen Bedingungen geschaffen sein müssen.

Es haben also **Alle** ein Recht auf Arbeit, ein Recht darauf diese selbst zu wählen – und darauf, sich das nötige Wissen ohne finanzielle Sorgen anzueignen. Da das Studium geistige Arbeit ist, gelten diese Rechte auch für uns Studierende. In diesem Sinne ist unsere Forderung nach einem BAföG für Alle die Forderung nach der Verwirklichung von Menschenrecht, Grundgesetz und Bildungsgerechtigkeit!



Schon die 68er-Bewegung forderte ein Studienhonorar und erkämpfte so 1971 das BAföG. Damals erhielten es fast die Hälfte aller Studierenden – heute sind es in Hamburg nur noch 10%. Und es war ein Vollzuschuss, das heißt es musste nicht zurückgezahlt werden. In mehreren skandinavischen Ländern gibt es bereits heute eine allgemeine Studienfinanzierung. Das zeigt, dass auch heute und hier mehr möglich ist. Davon können wir lernen und darüber hinaus gehen. Denn das Geld ist da. Nur der von uns gesellschaftlich geschaffene Reichtum landet bisher als Profit bei Wenigen und damit bei den Falschen!

An der Geschichte um die Einführung von BAföG wird exemplarisch deutlich, dass keine Sozialleistung uns jemals geschenkt wurde. Wir streiten heute für ein BAföG für Alle als Studienhonorar – in dem Bewusstsein, dass alle sozialen Verbesserungen vor uns erstritten wurden. Auch jetzt sind wir neu dabei, uns als Studierendenbewegung dieses Selbstbewusstsein wieder

zu erarbeiten, um nicht nur ein BAföG für Alle, sondern als Teil sozialer Bewegung grundlegende Verbesserungen in der gesamten Gesellschaft durchzusetzen.

Dabei geht es nicht nur um eine Wende in der Tendenz gesellschaftlicher Entwicklung – weg von Verschlechterungen und hin zu echten Verbesserungen – sondern auch um eine Wende der Haltung. Soziale Verbesserungen wurden immer von Menschen durchgesetzt und demnach geht es im Sinne des Mensch-Seins und der gemeinsamen Bestimmung der Lebensbedingungen auch um die gemeinsame Gestaltung des Sozialstaats.

Mit der heutigen Demo gehen wir das schon praktisch an. Das ist insbesondere jetzt relevant, wo die Sozialausgaben zugunsten von immer mehr Rüstung für den Krieg zusammengekürzt werden. Das ist alles andere als produktiv. Damit ist unsere Demo ein Auftakt für einen Politikwechsel, um die Krise zu lösen, statt sie weiter zu verschärfen. Denn wir brauchen mehr und nicht weniger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlicher, um Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme zu erarbeiten. Dafür ist BAföG für Alle eine Grundvoraussetzung!



Grußwort der ver.di Betriebsgruppe der HAW Hamburg

Liebe Studis, liebe Sympathisant:innen,

eine gute Arbeit in der Wissenschaft – das ist unser gemeinsames Anliegen! Wie sieht gute Arbeit in der Wissenschaft aus? Wir – die Mitglieder der Betriebsgruppe der ver.di an der HAW Hamburg – haben dazu schon einige Vorstellungen.

Gute Arbeit in der Wissenschaft- das sind ausfinanzierte Hochschulen! Es sind Lehrende und Wissenschaftler:innen, die Lehre, Forschung und Privatleben gut miteinander

vereinbaren können. Genauso wie die Studierenden. Privatleben – fragt ihr euch vielleicht – was soll das denn sein?!

Privatleben bedeutet für manche – Zeit für Careverpflichtungen (z.B. für Kinder, Betreuung von Pflegebedürftigen) zu haben. Andere engagieren sich für die Gemeinschaft und sind politisch aktiv, bspw. im Fachschaftsrat oder der Gewerkschaft. Einige müssen oder wollen viel Zeit für die Gesundheit aufwenden. Andere bilden sich weiter – bspw. durch den Besuch zusätzlicher Seminare, schreiben Bücher oder helfen der kranken Nachbarin.

Für Tarifbeschäftigte und Beamte ist es ganz klar, dass das Geld für die Erwerbstätigkeit zum Leben reichen muss. Für Studierende ist das nicht klar. Die BAföG-Sätze sind seit Jahrzehnten zu niedrig angesetzt und die Hürden, BAföG zu bekommen sind für manche unüberwindbar. Und die geplanten Reformen ändern daran leider viel zu wenig. Es müssen so viele Studierende neben dem Studium arbeiten. Andere – wir wissen gar nicht, wie viele – nehmen erst gar kein Studium auf, zum Beispiel um nicht mit Schulden ins Arbeitsleben starten zu müssen. Doch was wäre schon eine Hochschule ohne Studierende, wenn sich bald kaum noch jemand ein Studium leisten kann?

Wir finden, ein Studium aufzunehmen sollte für alle möglich sein, unabhängig von ihrer familiären Situation, ihrer Herkunft, dem Alter oder dem Geldbeutel der Eltern. Und allen Studierenden steht ein gutes Studium an einer guten Hochschule zu! Und das heißt, Zeit für das Studium und Zeit für das Privatleben. Kein Zwang zur Erwerbsarbeit! Kein Ausschluss von Personen vom Studium über finanzielle Schranken!

Wir stehen an eure Seite, denn auch in unserer Betriebsgruppe haben wir Studierende. Welche Power es hat, sich gemeinsam für das gleiche Interesse nach guten Lebensbedingungen einzusetzen, hat zuletzt der sehr lebendige Hochschulaktionstag letztes Jahr gezeigt, an dem wir zusammen für eine Ausfinanzierung der Hochschulen und gute Tarife im öffentlichen Dienst gestreikt haben.

Gemeinsam mit Studierenden, Beschäftigten aus Verwaltung, Bibliotheken und Technik und mit Wissenschaftler*innen stellen wir immer wieder die Frage nach guter Wissenschaft an einer guten Hochschule. Motivierte, nicht von finanziellen Sorgen belastete Studierende gehören unbedingt dazu!

Mit solidarischen Grüßen, eure Betriebsgruppe

Carla Schmidtke (SDS Carl von Ossietzky Universität Oldenburg)

Die Bundesregierung hat sich durch die Schuldenbremse selbst in eine Lage manövriert, in der sie vor der Entscheidung stand: Entweder die Zeitenwende für die Bundeswehr scheitert oder Sozialleistungen werden gekürzt. Kanonen oder Butter.

Uns stellt sich diese Frage nicht. Wir sind Gegner des Kriegs, weil wir erstens immer diejenigen sind, die die materiellen Opfer für ihn bringen müssen und zweitens der Krieg immer im Widerspruch zu unseren Zielen steht: Der Völkerverständigung und einem Leben in Frieden und Sicherheit.

Darin wird die Krise der Regierung deutlich, die darin besteht, dass sie ihre Interessen die Gesellschaft kriegstüchtig zu machen nicht vor der Bevölkerung legitimieren können. Die BRD hat dieses Jahr das erste Mal das 2%-NATO-Ziel erreicht. Das ist realisiert durch den Verteidigungshaushalt, das Sondervermögen und die Ausgaben, die größtenteils für Waffenlieferungen an die Ukraine getätigt wurden. Dafür in Kauf genommen wird, dass die Ministerien für Bildung, Gesundheit, Entwicklung, Wirtschaft & Klima, Wohnen, Auswärtiges und Umwelt insgesamt 13 Mrd. Euro weniger erhalten haben als das Militär. Ergebnis daraus ist, dass sich auch die Unterfinanzierung der Hochschulen und Bildungseinrichtungen weiter verschärft.

Ein Entscheidungspunkt könnte sich besonders, wenn das „Sondervermögen“ Ende 2027 aufgebraucht ist stellen. Um diese Entscheidung gar nicht erst möglich zu machen, gilt es für uns schon jetzt für eine Alternative durchzusetzen. Das bedeutet konkret die für die Militarisierung vergeudeten Mittel zur Allgemeinwohl Förderung einzusetzen.



Anstatt ständig neue milliarden schwere Geschenke für die Rüstungsindustrie, Banken und Großkonzerne zu schnüren und die allgemeinen Krisenlasten mithilfe der Schuldenbremse immer wieder auf die breite Bevölkerung abzuwälzen, sollten endlich die Krisengewinner zur Kasse gebeten und massive Investitionen in den Erhalt und Ausbau der sozialen Daseinsvorsorge getätigt werden.

Dazu zählt ein freier Zugang zu Bildung, Unabhängigkeit der Forschung und Lehre von Drittmitteln und das Grundrecht auf Bildung. Im Artikel 26 der UN Charta wurde nämlich schon 1948 als Konsequenz aus dem 2. Weltkrieg festgehalten: *„Jeder hat das Recht auf Bildung. [...] Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet*

sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“

Das bedeutet auch die Teilhabe für alle am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, das heißt zum Beispiel an Kultur, Kunst und Musik und politischer Organisation.

Um Bildung in unserem Interesse nämlich dem des international und solidarischen Austauschs zu gestalten, müssen wir um das BAföG für Alle kämpfen. Jetzt einfach so weiterzumachen, würde nicht einmal dazu führen, dass alles so bleibt wie es ist.

Vielmehr verkennt es die Weltlage, in der wir uns befinden und unterschätzt maßlos das Weltmachtinteresse der BRD, die das erreichte, 2%-Ziels und damit schon die größte militärischen Macht in der EU ausbauen will. Bafög für Alle zu erstreiten bedeutet, dass wir Verhältnisse erringen, die uns ermöglichen die Zukunft real mitzugestalten. Es ist Teil eines Kampfes für die Selbstermächtigung der Völker und Völkerverständigung.

Stattdessen gilt es eine Perspektive zu schaffen, die beinhalten muss, dass die Kriegstreiber, der Krieg in der Ukraine und der Völkermord an den Palästinensern beendet wird. Nationaler Abschottung und der Schaffung von Feindbildern wollen wir Wissenschaftskooperationen und Wissenschaftsdiplomatie entgegensetzen. Damit treten wir für eine politische und zivile Lösung ein als einzig realistische Überwindung des Krieges und der Besatzung. Als Gegenentwurf zur Staatsräson und zur Kriegsertüchtigung müssen in diesem Sinne auch die Zivilklauseln in jedem Studiengang initiativ mit Leben gefüllt werden.

Wir wollen nicht unsere eigene Bildung finanzieren müssen um anschließend um die Höherstellung im Berufsleben zu konkurrieren, sondern als geistige Arbeiter, die einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und Forschung leisten entlohnt werden.

Ein Leben in geistiger und materieller Armut gehört nicht zum Studentenleben dazu! Diese Einrede dient dazu Bescheidenheit als anzustrebende Verhaltensweise zu etablieren und so die Bewegung für bessere Verhältnisse zu spalten.

Die aktuelle BAföG Reform mit minimalen Verbesserungen soll uns still halten oder zufriedenstellen. Der um 5% angehobene BAföG Satz ist jedoch nicht inflationsangepasst und deckt nicht einmal den Grundbedarf und studierende leben weiterhin am Existenzminimum.

Um eine breite studentische Bewegung entgegen den aktuellen Verhältnissen hervorzu- bringen brauchen wir einen Wandel weg von der privaten Alltagsbewältigung, Konkurrenz, Prekarisierung und Militarisierung hin zu einer kämpferischen, solidarischen und humanen Gestaltung der Lebensbedingungen für Alle. Mit dem BAföG für Alle können wir ein erfreuliches Studium realisieren, welches sich statt Konformitätserziehung demokratischen Fragestellungen widmet, Wissenschaft für Frieden und sozial-ökologischen Fortschritt realisiert und in dem kooperatives Lernen entfaltet werden kann.

Diese Bewegung muss aktiv und initiativ hervorgebracht werden. Organisiert euch für einen Ausbau der demokratischen Strukturen an den Hochschulen, eine freie Wissenschaft im Sinne des humanen Fortschritts und des Friedens und tragt das Thema darüber hinaus in euren Alltag, an den Esstisch, in die Kneipe und in eure Seminare.

Grußwort ans Solidaritätscamp: Frieden in Palästina

Wir senden solidarische Grüße an das Camp für gerechten Frieden in Nahost und zur Beendigung des Krieges in Gaza. Gemeinsam besteht der Kampf darin hier eine zivile und soziale Entwicklung hervorzubringen und auch als Studierendenschaft diese Verantwortung wahrzunehmen und in diesem Sinne verlese ich jetzt den Beschluss des Studierendenparlaments der Universität Hamburg:



Universität und Studierendenschaft für sofortigen Waffenstillstand und eine politische Konfliktlösung

„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden. [...] Die weite Verbreitung von Kultur und die Erziehung zu Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden sind für die Würde des Menschen unerlässlich und für alle Völker eine höchste Verpflichtung, die im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft und Anteilnahme erfüllt werden muss. Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dauernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Friede muss - wenn er nicht scheitern soll - in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden.“
aus der Präambel der Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (UNESCO), 1945.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und insbesondere ein Ende der Angriffe auf zivile Ziele. Die mutwillige Zerstörung von Schulen und Universitäten, Museen, Kulturstätten, Krankenhäusern und Flüchtlingsunterkünften ist international geächtet. Die gezielten Angriffe der IDF auf die Bildungsinfrastruktur sind Grund für die Befürchtung eines „Scholasticides“ an der palästinensischen Gesellschaft. Unter den Bomben ist das Hochschulsystem in Gaza gegenwärtig kollabiert.

Der palästinensischen und israelischen Zivilbevölkerung, den Akademiker:innen, den Kulturschaffenden und Intellektuellen, die sich trotz allem weiter für einen Frieden einsetzen, gilt unsere besondere Solidarität.

Allein in Gaza gab es bis vor kurzem 17 Hochschulen mit über 85.000 Studierenden auf etwas über 2 Millionen Einwohner. Die Rate an tertiären Bildungsabschlüssen entsprach

derjenigen in Deutschland. Das Bildungssystem ist unter widrigsten Bedingungen so auf- und ausgebaut worden, dass nur 2,6 % der Bevölkerung nicht alphabetisiert sind, weit weniger als im weltweiten Durchschnitt.

Die Entwicklung des Bildungssystems sowie die auf Bildung, Wissenschaft und Künsten gründende Entfaltung gebildeter Persönlichkeiten unter zivilen Bedingungen, in akademischer Freiheit und mit den erforderlichen materiellen Grundlagen sind wesentliche Bedingungen für die Entwicklung palästinensischer Staatlichkeit und einer politischen Konfliktlösung für einen gerechten Frieden mit Israel.

Wir fordern die Mitglieder der Universität, alle Gremien und ihre Leitung auf, sich der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand anzuschließen.

Solidarität sollte darüber hinaus geübt werden durch den systematischen Aufbau von Stipendienprogrammen für Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf universitärer Ebene und auf Ebene der Wissenschaftsstiftungen und des DAAD.

Wir fordern den Auf- und Ausbau akademischer Kooperationen zu zivilen wissenschaftlichen Zwecken auf gleicher Augenhöhe mit Bildungs- und Kulturinstitutionen in Palästina. Anzustreben sind zur Förderung von Verständigung und Frieden auch trilaterale Wissenschaftskooperationen mit israelischen Hochschulen. Die bestehenden Partnerschaften und Zusammenarbeit der Universität Hamburg und ihrer Mitglieder mit anderen Wissenschaftsinstitutionen soll ausschließlich zivilen Zielen und der Förderung von Humanität und der Unteilbarkeit des Menschenrechts dienen.

Wir fordern, Wege zu finden, die palästinensischen Studierenden und Lehrenden in der Wiederaufnahme von Online-Angeboten, im Wiederaufbau ihrer Hochschulen und Bildungsgänge zu unterstützen.

Wir fordern, Wege zu finden, mit den wissenschaftlichen Mitteln der Universität und des Universitätsklinikums die medizinisch-humanitäre und besonders die mentale Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen sowie der Kommilitoninnen und Kommilitonen in Gaza zu verbessern.

Wir fordern alle dazu auf, sich wissenschaftlich an der Aufklärung der Verbrechen in diesem Krieg, ihrer völkerrechtlichen Ahndung und vor allem der Forschung an Konfliktsachen und Friedensursachen sowie an der Friedensbildung zu beteiligen.

Dafür ist im wissenschaftlichen Diskurs die vollständig realisierte Wissenschaftsfreiheit, eingebettet in die Grund- und Menschenrechte, mit Leben zu füllen. Das Festhalten an nicht einmal durch wissenschaftlichen Diskurs weiterzuentwickelnden Definitionen widerspricht den Lebensbedingungen akademischer Freiheit und Erkenntnisgewinns, die wir für jede Universität und Wissenschaft für elementar halten.

Wir, die Studierendenschaft, sehen in dieser Verantwortungsübernahme einen notwendigen Beitrag der gesamten Universität eine friedliche und menschenwürdige Welt hervorzubringen.

Sabine Derboven (AStA HAW Hamburg)

Moin, ich bin Sabine vom AStA der HAW Hamburg.

Ich finde die BAföG-für-Alle-Idee richtig gut! Zuerst dachte ich, dass die Forderungen unrealistisch sind, aber wenn ich bedenke, wie sich die globale Krisenlage zuspitzt, dann braucht es grundlegende Verbesserungen. Und nachdem wir die Begründungen und Ansprüche hinter den Forderungen diskutiert haben, kann ich sagen, sie sind nicht nur realistisch, sondern auch verdammt richtig!

Die Welt braucht viel bessere Bildung für alle, damit wir die Herausforderungen der Zeit nicht nur bewältigen, sondern nutzen, um zu einer Gesellschaft zu kommen, in der wir alle gerne und in Würde leben. In der wir das gesamtgesellschaftliche Potential menschlichen Handelns voll entfalten.

Ich bin Flugzeugbauerin und bei uns an der HAW gehören große Luftfahrtunternehmen quasi zum Inventar. Eine positive Entwicklung in der Luftfahrt könnte sein, dass wir als Studierende mit an Konzepten für Grenzen überschreitende Mobilität arbeiten – für alle zugänglich, ökologisch verträglich und vor allem rein zivil. Dann eröffnen sich auch neue Perspektiven und wir können dafür wirken, dass ein Unternehmen wie Airbus sein Knowhow in diesem Sinne einsetzt und die Ressourcen, die in die Rüstungssparte fließen, künftig für günstige und ökologische Mobilität, genutzt werden. Ganz im Sinne der Friedensbildung und Völkerverständigung.

Bildung auf der Höhe der Zeit hat also immer etwas damit zu tun, die Kontroversen in den jeweiligen Bereichen im Sinne der Menschen zu lösen. Dafür, dass wir uns viel besser oder überhaupt erst auf dieses Gelingen konzentrieren können, ist es notwendig, dass es das BAföG für Alle gibt:

Bedarfsdeckend – sodass man davon leben kann,

unabhängig von den Eltern – sodass niemand von ihrem Einkommen und ihren Vorstellungen, wie man studieren soll abhängig ist,

Herkunftsunabhängig – für Menschen aus allen Ländern,

Unbefristet – so lange wie es halt braucht, auch wenn ich mich mal genauer mit der Geschichte der Luftfahrt beschäftigen oder für Studienreformen in den Ingenieurwissenschaften engagieren will und

Rückzahlungsfrei, also als Vollzuschuss – sodass niemand Angst haben muss am Ende mit Schulden da zu stehen.

Also wenn wir das BAföG als ein Instrument ernst nehmen sollen, dass Studieren allen unabhängig von finanzieller Lage und Herkunft ermöglicht, dann muss es mindestens genau so ausgestaltet sein.

Auch die Verfassung der UNESCO – also der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur der UNO ist sehr klar in diesem Zusammenhang. Dort steht in der Einleitung: *„Deshalb sind die Vertragsstaaten dieser Verfassung im Glauben an das Recht auf ungeschmälerter und gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle, auf uneingeschränktes Streben nach objektiver Wahrheit und auf den freien Meinungs- und Wissensaustausch einig und entschlossen, die Beziehungen zwischen ihren Völkern zu entwickeln, und zu vertiefen, um sie als Mittel zur Verständigung und zur Verbreitung möglichst vollkommener und wahrheitsgetreuer gegenseitiger Kenntnis ihrer Lebensweise zu nutzen.“*

Die UNESCO ist wie die anderen Organisationen der UNO als Konsequenz aus dem 2. Weltkrieg geschaffen worden, um für eine friedensstiftende Bildung, Wissenschaft und Kultur zu wirken, damit nie wieder Krieg geführt werden kann.

Deswegen finde ich besonders den Punkt des herkunftsunabhängigen Anspruchs auf BAföG nicht nur ein Schritt gegen die Diskriminierung von Menschen aus anderen Ländern, sondern einen echten Gewinn für den Austausch. Denn wie es die UNESCO gefasst hat, brauchen wir das Denken und Zusammenarbeiten, den Austausch und die gegenseitige Unterstützung über die Grenzen aller Länder hinweg, damit wir gemeinsam klüger werden und dafür wirken, dass gewaltsame Konflikte beendet und nie wieder neue aufgenommen werden. Auch das steckt in der Forderung nach Herkunftsunabhängigkeit und ist eine riesige Chance und das Mindeste, was dieses reiche Land aus seiner Kolonial- und Kriegsgeschichte der Welt eröffnen sollte.

So können wir die einzelnen Forderungen durchgehen und merken, dass schon dabei Perspektiven für eine lebenswerte Welt entstehen. Es braucht einen grundlegenden Wechsel von der Politik der Verschlechterungen und der Wahl des kleineren Übels hin zu echten Verbesserungen, die uns ermöglichen gemeinsam kreativ und produktiv für eine positive gesellschaftliche Entwicklung zu lernen und zu arbeiten.

In diesem Sinne: BAföG für Alle! **JETZT!**



Franz Krause (Aktiver in ver.di)

Liebe Freund*innen,

im Grundgesetz, welche die direkte Konsequenz aus der Befreiung vom deutschen Faschismus ist und bis heute Entwicklungsauftrag für dieses Land darstellt, heißt es im Artikel 20 (1): „*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.*“

Gleichauf mit der Demokratie und der Staatsform lässt sich hier das Sozialstaatsprinzip finden. Dieses Prinzip bietet die Grundlage für unsere heutigen Sozialsysteme und ist in seiner genauen Ausgestaltung stets umkämpft. Wolfgang Abendroth und andere progressiver Denker interpretierten es bspw. in den 60er so, dass es der Auftrag an den Staat ist eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Hieran möchte ich im Folgenden anknüpfen.

So wie das Grundgesetz uns nicht von einer fremden Allmacht geschenkt worden ist, sondern Konsequenz aus dem gemeinsamen Wirken verschiedenster Humanistischer Kräfte ist, so gilt dies auch für jedes soziale Recht unserer heutigen Gesellschaft. Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung – Erfolge des Kampfes der Arbeiterbewegung im späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Das Frauenwahlrecht und die juristische Gleichheit von Frau und Mann – Erstritten durch die Frauenbewegung. Und auch das BAFöG ist die direkte Folge auf die Studierendenbewegung der 68er. Sozialleistungen gilt es also nicht mit Demut entgegenzutreten, sondern sie sind unserer allen erkämpfte Rechte. Ihr Existenz zeugt von unserer gemeinsamen Stärke und bietet Anknüpfungspunkt sowie Rahmenbedingung für heutige Kämpfe.

Ein umfassender Sozialstaat ermöglicht uns die gemeinsame Entwicklung fernab von Leistungsdruck und Konkurrenz. Die Freiheit zur Emanzipation und gesellschaftlicher Gestaltung zur Schaffung einer Welt der Gleichen unter Gleichen ist die größte Angst des Kapitals. Nicht nur sind somit die Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen, BAFöG für alle oder eine würdevolle Grundsicherung in der Stoßrichtung vereint, nein sie bedingen sich, sie sind Teil eines solidarischen Kampfes für eine befreite Gesellschaft. Durch die Bündelung der gemeinsamen Kräfte lässt sich ein Sozialstaat erkämpfen, der uns nicht so leicht wieder entzogen werden kann und den Konsequenzen aus der Befreiung vom Faschismus gerecht wird. Denn wenn man sich diesen Konsequenzen bewusst wird, auf denen das Grundgesetz aufbaut, dann werden die Ideen von Abendroth und Co zum Sozialstaatsprinzip klare Schlussfolgerungen. Der Sozialstaat vermag es die Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu schaffen. Unter diesen Gedanken lädt uns Artikel 20 Abs. 4 GG zum Kämpfen förmlich ein, in dem er jeden das Recht zum Widerstand gegen denjenigen einräumt, der die Ordnung des Artikel 20 zu beseitigen droht.

Also - seien wir widerständig für die Demilitarisierung, die Demokratisierung aller Lebensbereiche, für die Denazifizierung und die Demonopolisierung. Den dies muss der Kern des „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ nach 45 sein. Egal, ob es um das BAFöG für alle oder sonstige soziale Verbesserungen auf dem Weg zur Vollendung der Befreiung geht. Zu nichts anderem scheint uns das Grundgesetz aufzufordern!

Grußwort der ver.di-Betriebsgruppe des Hamburger Studierendenwerks

Liebe Studierende,

die ver.di Betriebsgruppe des Studierendenwerks sendet solidarische Grüße. Wir unterstützen eure Forderung nach einer BAföG-Reform.

Die gerade beschlossene Erhöhung reicht bei weitem nicht aus, damit studieren wirklich für Alle gelingt. Hamburg ist sehr teuer und ein Ende von Preissteigerungen ist nicht in Sicht. Auch das Studierendenwerk muss trotz einer errungenen Zuschusserhöhung künftig sparen und Preise anheben.

Wir fordern die Ausfinanzierung des Studierendenwerks, damit wir unseren sozialen Auftrag weiterhin erfüllen können und unterstützen die Forderung nach einer BAföG-Reform.

Bildung darf keine Frage der finanziellen Voraussetzungen sein. Damit studieren wirklich für ALLE gelingt!



Golnar Sepehrnia (Referat für internationale Studierende im AStA der Universität Hamburg)

Hi! Liebe Mitstreitende! Liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Liebe Besucher:innen!

Die Interessenvertretung der internationalen Studierenden, für die ich hier spreche, ist engagiert in der Kampagne „BAföG für Alle“. Wir sind überzeugt: Eine persönliche Entwicklung, die einem Menschen vorenthalten wird, wird allen vorenthalten. Denn der Mensch ist die wesentliche Lebensbedingung des Menschen. Das gilt international, für alle und immer. Deshalb ist Ungleichheit im Bildungszugang eine Verletzung der menschlichen Würde und gehört überwunden.

Allerdings fragen sich manche: „Lebenslanges Lernen?“. Ist das eine Drohung? Denn unter den gegenwärtigen Vorzeichen einer Marktgesellschaft,

- wenn alle privat für ihre Bildungskosten aufkommen sollen,
- wenn der Mensch nur „Humankapital“ zur flexiblen Anwendung nach gewinnbringenden Zwecken sein soll,
- wenn „Lernen“ Anpassung an einen von hektischen Börsenbewegungen bestimmten Markt sein soll,
- wenn „Lernen“ deshalb nur Kompetenzerwerb ist,
- wenn „Lernen“ also Selbstoptimierung ist, um nicht durchs Rost zu fallen,
- wenn der vereinzelte Mensch in einem Kaleidoskop von Anforderungen, die von Familien, Schulen, Arbeitgebern, Unis, Ratgeberliteratur und Werbung formuliert werden, Orientierung sucht,
- wenn „Lernen“ basieren soll auf der Angst vor individuellem Versagen,

dann ist Lernen „lebenslanglich“ eine Strafe und ein Fluch.

Nur: Das ist eben kein Lernen, sondern dessen strukturelle und äußerst systemrelevante Behinderung. (Manche nennen das auch Bachelor-/Master-System.) Wenn das kein Lernen ist, worum geht es beim „lebenslangen Lernen“, das wir erkämpfen wollen und wofür wir BAföG für alle fordern?

Lernen ist zutiefst menschlich. Solange wir leben, lernen wir... Unvermeidbar. Wir sind Menschen, weil wir einen Verstand haben. Wir entwickeln den Verstand kooperativ, mit anderen Menschen und wenden ihn an, um ein besseres Leben für alle zu ermöglichen. Danach zu streben ist persönliche Entfaltung. Das ist die Würde. Menschen tun dies – in allen Epochen, unter allen Bedingungen, überall auf der Welt.

Besonders gilt: wer Veränderung will, lernt immer dazu. Und unsere Welt braucht Veränderungen: ins Humane, Soziale, Friedliche, Ressourcenbewusste und massenhaft Partizipatorische! Lernen lässt sich von Engagement nicht trennen:

- weil wir diese Verantwortung befürworten und als mündige Subjekte zur Heilung dieser zutiefst verletzten globalen Gesellschaft beitragen wollen,
- weil selbstbewusst gebildete Persönlichkeiten für die Verständigung zwischen den Menschen notwendig sind,

- weil das demokratische Engagement gegen Rechts dynamisiert werden muss,
 - weil die Wissenschaften zur positiven Zivilisationsentwicklung beitragen und globale Probleme dringend lösen müssen
- *deshalb und dafür* lernen wir lebenslang.

Bildung ist persönliche Emanzipation als Teil des Prozesses zur Befreiung aller.



Deshalb steht die Forderung nach einem Eltern-, Pass- und Alter- Unabhängigen BAföG für alle herrschenderseits unter scharfem Verdacht. **Daher** rührt das immer wieder aufgekochte Ressentiment gegen „die Studenten, die uns nur auf der Tasche liegen“.

Bildung als Emanzipation bedeutet: Wir stehen nicht gehorsam für Profite, nicht für Kriege, nicht für Familie, Staat, aufgedrängten Konsum und andere Religionen zur Verfügung.

Lebenslanges Lernen ist nicht nur persönlich unvermeidbar, sondern gesellschaftlich auch unverzichtbar. Unsere wissenschaftlich-technisch hochentwickelte Zivilisation bringt immer neue Widersprüche hervor:

- Hochtechnologie für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder für höheren Arbeitsdruck und perfidere Waffen?
- Kreativität für die geschäftstüchtige Manipulation der Menge oder für ein heiteres Verständnis von Welt und Mitmenschen?
- Berechnungen für ein nutzloses Management mit Rationalisierungsfimmel oder für nützliche Planungen von Arbeitsprozessen, für eine nachhaltige Ressourcennutzung und eine gerechte Verteilung von Gütern?

Was wir alle dringend brauchen sind wissenschaftliche Erkenntnisse, die nach humanen, sozialen und friedlichen Zielen gebildet und angewandt werden. Wir brauchen die solidarische, die oppositionelle Klugheit der Vielen. Wir brauchen einander in den Bildungsprozessen dafür.

Jede praktische Tätigkeit erfordert Reflexion – die Taten sind Ergebnisse der Gedanken. Mit der sozialen Qualität des Denkens entscheidet sich die Lebensqualität aller.

Deshalb heißt es in der Verfassung der UNESCO: „*Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.*“

Also dafür? Lebenslang öffentlich finanzierte Bildung für Alle? Wirklich?

Eine Kommilitonin von uns ist eine ältere Frau aus Chile, die nach dem Militärputsch 1973 ins Private abgedrängt als Lehrerin arbeitete, nach der Pensionierung hier endlich deutsche Literatur und Philosophie studieren und auf den Spuren Humboldts mit uns „die Höherbildung der Menschheit“ mit verwirklichen will. Für einen Friedrich Merz ist dies vermutlich nur eine weitere Person, die unberechtigt in unser Sozialsystem einwandere. Nur: Die Finanzierung der Chilenischen Diktatur war für das deutsche Kapital und seine CDU/CSU frei von Skrupeln geradezu selbstverständlich.

Eine im Iran studierte Elektrotechnikerin, die dort für die Firma Bosch gearbeitet hat, 2003 ausgewandert ist und hier unter HartzIV-Bedingungen zwei Kinder bis zum Abi gebracht hat, will nun wieder studieren. Einen rechtlichen Anspruch auf soziale Unterstützung dabei hat sie nicht. Warum eigentlich nicht? Die Firma Bosch produziert mittlerweile Überwachungskameras für das Mullah-Regime. Die Politiker:innen, die eine schöne Idee, aber völlig unrealistisch finden, dass diese Frau BAföG bekommen könnte, skandieren zugleich „Frau, Leben, Freiheit“. Warum eigentlich?

Ein sudanesischer Mann kam neulich auf dem Campus zu uns und forderte, wir sollten BAföG mindestens bis zum 60 Lebensjahr durchsetzen. Jeder Mensch, so meint er, solle in seinem Leben gleichzeitig arbeiten, sich bilden, Freizeit haben und sich politisch engagieren können. Im Sudan war dieser Kommilitone Ingenieur. In seinem studierten Beruf konnte er nie arbeiten, sondern nur für Entwicklungshilfeorganisationen. Eine Folge der postkolonialen Unterentwicklung. Anstatt eine sinnvolle Produktion mit aufzubauen, hat Deutschland dieses Land mit Waffen überschwemmt. Nachdem jüngst ein Bürgerkrieg losging, wurden die Goetheinstitute geschlossen und die mickrige Entwicklungshilfe beendet. Die Profite der Rüstungsindustrie beeinträchtigt das nicht. Aber klar: Wie kann man erwarten, dass dieser 45jährige ‚Afrikaner‘ BAföG kriegen könnte. Das wäre ja ungerecht! Was sollen da die hart arbeitenden Leute ...

Aber die meisten Menschen ahnen es, erleben es und können es verstehen: Das Leben ist nicht konfektioniert. Das Lernen passt nicht in eine sechs- bis acht-semesterige Lebensphase. Wer nur die jungen, armen und braven fördern will, fördert nichts weiter als Vorurteile und Anpassungsdruck – auch gegen sich selbst.

Lernen ist nicht kompakt. Es endet nicht. Es überwindet Grenzen, räumlich, generationell und in jeder anderen Hinsicht.

Wir brauchen es gesellschaftlich und persönlich wie Luft und Wasser. Seine materiellen Voraussetzungen gehören also zu einer würdigen Daseinsvorsorge unbedingt dazu.

Deshalb fordern wir:

BAföG für Alle!

Florian Muhl (GEW Hamburg)

Ich komme aus der Fakultät Erziehungswissenschaft, bin Mitglied der GEW und ein Vertreter des Akademischen Personals im Akademischen Senat der UHH.

Zunächst ein paar Worte dazu, warum die Forderung nach einer Ausbildungsförderung, die alters-, eltern- und herkunftsunabhängig sowie rückzahlungsfrei gestaltet ist– abgesehen von der sozialen Dimension – auch **im Hinblick auf eine sinnvolle Gestaltung von Studium und Lehre an der Uni und darüber hinaus eine richtige Forderung ist:**

Wenn man das gegenwärtige Studiensystem an den Hochschulen und Universitäten betrachtet, dann fällt auf, dass es geprägt ist von einer starken Orientierung auf das Sammeln von Leistungspunkten in einer vorgeschriebenen Zeit. Dies ist nicht zufällig so, sondern Ergebnis von – immer auch umstrittenen und fortgesetzt umkämpften – politischen Entscheidungen.

Damit einher geht eine starke Ausbildungsorientierung im negativen Sinne. Gesellschaftskritische Bildung wird so nicht befördert. Unter die Räder kommt dabei vielfach die Beteiligung an der Selbstverwaltung der Hochschule auf den verschiedenen Ebenen und die Organisation für die gemeinsamen Interessen.

Ein BAFÖG für alle würde die Bedingungen dafür verbessern, dass es zu einer kritischen Aneignung der Hochschulen als Ganzer, aber auch der eigenen Fachgebiete kommen kann – ich denke da an selbstorganisierte Seminare, Arbeitskreise, das Erproben neuer Lehrformate, den Ausbau von Friedensbildung, eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Fächer etc.



Sowohl eine Verbesserung der Finanzierung als auch eine stärkere Organisation wären nötig, um die unzähligen gegenwärtig bestehenden Defizite im Bildungsbereich im engeren Sinne

(also in den Schulen) aber auch im weiteren Sinne (in den Bereichen der Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung) sinnvoll angehen zu können.

Den Status Quo, schlichtweg verwalten zu sollen, ist in der aktuellen Lage absolut ungenügend, unrealistisch und wird den gesellschaftlichen Herausforderungen in keinsten Weise gerecht!

Die Organisierung – in selbstorganisierten Initiativen und Kampagnen wie dieser, in Fachschaftsräten, in Gewerkschaften und darüber hinaus ist ein zentrales Element sowohl für die Durchsetzung einer wirklichen strukturellen Reform der Ausbildungsförderung als auch für alle weiteren nötigen Vorhaben der Gegenwart!

Zu einem zweiten Punkt, den ich auch bei dieser Gelegenheit wichtig zu betonen finde:

Es geht bei der Forderung nach BAFÖG für Alle – so steht es ja auch im Aufruf zu dieser Demonstration – um einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel, um das Durchsetzen einer anderen Logik: Weg von der vereinzelt und egoistischen Alltagsbewältigung hin zur Gestaltung humaner Lebensbedingungen für alle.

Diese Forderung steht in der gegenwärtigen Zeit in massivem Konflikt mit der aktuell die Bundespolitik dominierenden „Zeitenwende“-Orientierung einerseits und dem Dogma der sog. Schuldenbremse, mit dem die öffentliche Investitionstätigkeit immer noch schädlicherweise stark eingeschränkt wird.

Im Zeichen der sog. Zeitenwende, die im Februar 2022 ausgerufen wurde, sollen alle Posten des Bundeshaushalts der Erhöhung des sog. Verteidigungshaushalts untergeordnet werden – Stichwort Kriegstüchtigkeit.

Kurzer Blick auf einige Posten im aktuellen Bundeshaushalt:



Dort stehen für das Jahr 2024 Ausgaben für Aufrüstung in Höhe von über 70 Milliarden EUR. (Der gesamte Bundeshaushalt hat einen Umfang von ca. 480 Mrd. EUR.) Laut aktuellen Zahlen des Stockholmer Forschungsinstituts SIPRI liegt Deutschland damit auf der Rangliste mit den höchsten Militärausgaben weltweit an siebter Stelle. Demgegenüber steht 2024 ein Budget in Höhe von 21,5 Mrd. EUR für Bildung, worin auch die Ausbildungsförderung für Schüler und Studierende enthalten ist.

Vor diesem Hintergrund besteht aus meiner Sicht ein zentrales Problem, mit dem es im Moment alle zu tun haben, die für eine verbesserte Ausstattung der Bildungseinrichtungen und der sozialen Infrastruktur insgesamt eintreten, darin, dass noch von

zu vielen akzeptiert wird, dass die Orientierung auf militärische Abschreckung und die Vorbereitung auf das Führen eines großen Krieges jetzt nun mal so sei und entweder richtig ist oder aber zumindest nicht zu ändern. (vgl. Fegebank gestern im Akademischen Senat der UHH)

Wenn wir für ein zukunftsfähiges inklusives Bildungswesen streiten wollen, das zur Nachhaltigkeit, Demokratisierung der Gesellschaft und Völkerverständigung beiträgt – und dazu gehört eine deutliche auch strukturelle Verbesserung des BAFÖG – dann müssen wir uns mit der vermeintlich alternativen Logik der Militarisierung und Konfrontationspolitik anlegen, die gerade betrieben wird und die auch massive Auswirkungen auf die politischen Rahmenbedingungen von Wissenschaft und Forschung hat. (Dafür lohnt ein Blick auf die aktuelle Auseinandersetzung um das Bayrische Bundeswehr-Gesetz, mit dem u.a. Hochschulen eine verbindliche Kooperation mit Hochschulen vorgeschrieben werden soll (vgl. <https://www.gew-bayern.de/themen/Nein-zum-Bundeswehrgesetz>).

In dem gewerkschaftlichen Basis-Aufruf **„Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“**, der auch von der GEW Hamburg unterstützt wird, heißt es:

„Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.“

Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die sich dafür einsetzen, dass auch die Gewerkschaften sich stärker als bisher und unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Für BAFöG statt Bomben!

Kommt dazu, an den Hochschulen, in Fachschaftsräten, in Parteien und in den Gewerkschaften! Ich wünsche allen eine erfolgreiche Demonstration!

Grußwort aus dem AStA der Universität Bremen

Hallo,

ich möchte mich herzlich für die Einladung hier bedanken und vor allem dafür, dass ihr es nicht nur heute hier auf die Beine gestellt habt und nicht nur heute gekommen seid, sondern vor allem an die ganze viele Arbeit die im Vorwege gelaufen ist.

Ich beziehe selber auch BAFöG und bin daher gut mit den Schikanen vertraut, die damit einhergehen. Deswegen ist es auch umso wichtiger, dass wir als Studierende unsere Stimme erheben, wenn uns Unrecht getan wird das müsste noch viel öfter passieren, insbesondere beim BAFöG.

Eigentlich sollte es ein Instrument sein, um allen den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen doch inzwischen ist es nur ein verstümmeltes Relikt der Ära Brandts. Insbesondere die jüngste Reform ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis, dass die Menschenwürde

mit Füßen tritt umso wichtiger ist es, dass wir gegen diese Vorenthaltung nicht nur laut sind, sondern auch zeigen, dass das Studieren so nicht geht. Wie damals in den 70er Jahren an der Universität Bremen als wegen der Erhöhung des Kaffeepreises der Lehrbetrieb bestreikt wurde.

Dafür müssen wir nicht nur in Hamburg kämpfen, sondern wir brauchen eine bundesweite Bewegung. Ich gebe mein Bestes und werde die Eindrücke von heute nach Bremen mitnehmen und dort weitere für BAföG für Alle kämpfen. Es ist wichtig das wir diesen Kampf gemeinsam führen damit wir alle befreit vom Leistungsdruck gut studieren können um eine bessere Welt zu gestalten.



Joachim Schaller (Rechtsanwalt der Studierendenschaft der Uni Hamburg)

Guten Tag,

ich bin Joachim Schaller und arbeite seit 1993 als Rechtsanwalt vor allem für Studierende und solche, die das werden wollen. Dabei bin ich immer wieder mit der Armut vieler Studierender konfrontiert.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 aus diesem ersten Artikel des Grundgesetzes und dem Sozialstaatsgebot in Artikel 20 GG das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum entwickelt. Dieses gilt für jedermann und ist stets zu gewährleisten. Dieses Grundrecht erfordert, dass nachvollziehbare Grundlagen für die Festlegung der Bedarfssätze vorhanden sind.

Der Regelbedarf nach dem Sozialgesetzbuch II beträgt 2024 563,00 € plus angemessene Unterkunftskosten. Dabei hat auch die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP daran festgehalten, dass etwa 25 % der Ausgaben nicht regelbedarfsrelevant sein sollen, die empirisch nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der untersten 15 % der Einpersonenhaushalte ermittelt wurden. Das betrifft zum Beispiel Ausgaben für ein Eis, Schnittblumen, Haustiere, Gartengeräte, Küchenuhren, das Essen in Restaurants oder Kantinen, Tabak, alkoholische Getränke oder auch einen Weihnachtsbaum. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Abzüge in seiner 2. Entscheidung 2014 nicht beanstandet, sondern als „nach Maßgabe der Gründe derzeit noch vereinbar“ mit dem Grundgesetz erachtet.

Wie sieht es nun mit dem Existenzminimum für Studierende aus?

Nur die, die bei den Eltern wohnen und BAföG bekommen oder beantragt haben oder deren BAföG-Antrag nur wegen Anrechnung von Einkommen oder Vermögen abgelehnt wurde, haben einen Anspruch auf (aufstockendes) Bürgergeld beim Jobcenter. Gleiches gilt für die, die offiziell für ein Teilzeitstudium eingeschrieben sind. Die meisten Studierenden sind aber im Vollzeitstudium und wohnen nicht bei den Eltern und sind deshalb vom Bürgergeld ausgeschlossen.

Sie haben zur Existenzsicherung nur das BAföG, wenn sie dessen Voraussetzungen für eine Ausbildungsförderung erfüllen. Der BAföG-Bedarfssatz beträgt seit zwei Jahren 452,00 € und soll zum Wintersemester 2024/2025 auf 475,00 € steigen. Davon sollen Lebensunterhalt und Ausbildungskosten finanziert werden. Das sind dann nur 13,00 € mehr als die geringen 462,00 € Bedarf für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen, in dem keine Kosten für ein Studium enthalten sind.

Dazu kommt im BAföG eine Unterkunftsbedarf von 360,00 €, der zum Wintersemester 2024/2025 auf 380,00 € steigt. Wer in Hamburg kann damit ein Zimmer mieten?

Diese insgesamt 855,00 € BAföG-Höchstsatz sind 75,00 € weniger als die 930,00 €, die für Studierende nach der Düsseldorfer Tabelle als Unterhaltsbedarfssatz anerkannt sind, der 410,00 € für Unterkunft enthält.

Der BAföG-Bedarfssatz ist seit 1971 nur sehr unregelmäßig und unvollständig angepasst worden. Die Inflation von 1970, dem Jahr vor der Einführung des BAföG, bis 2022 beträgt 386,6 Punkte, der BAföG-Bedarfssatz für Lebensunterhalt und Ausbildungskosten ist von 100 im Jahr 1971 nur auf 294,7 Punkte gestiegen. Die Schere zwischen dem studentischen Existenzminimum und den gesetzlichen Bedarfssätzen ist immer größer geworden.

Der BAföG-Bedarfssatz ist auch aus Sicht des Bundesverwaltungsgerichts nicht verfassungskonform. Es hat in einem von mir vertretenen Verfahren das Bundesverfassungsgericht angerufen, das nun über die Verfassungswidrigkeit des BAföG-Satzes von 373,00 € entscheiden muss, der 2014/2015 galt und damals seit 2010 nicht erhöht worden war. Dieser BAföG-Bedarfssatz war zum Wintersemester 2022/2023 gerade mal um 5,75 Prozent auf 452,00 € erhöht worden. Angesichts der schon 2022 galoppierenden Inflation war das viel zu wenig. Und auch die jetzt vom Bundestag beschlossene Erhöhung um 5 % auf 475,00 €, die die Bundesregierung nicht plante, ist viel zu gering.

Der Regelbedarf in der Grundsicherung (Bürgergeld) für Alleinstehende beträgt dagegen 563 Euro. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, dass der Bedarf von Studierenden niedriger liegt. Im Gegenteil: Sie müssen aus dem BAföG-Bedarfssatz nicht nur ihren Lebensunterhalt, sondern auch ihre Ausbildungskosten finanzieren. In den Sozialerhebungen des Deutschen Studierendenwerks, die von der Bundesregierung immer wieder zur Rechtfertigung der BAföG-Bedarfssätze herangezogen werden, werden wesentliche Bedarfspositionen gar nicht abgefragt, die monatlich circa 80,00 € ausmachen.

Das Bundesverfassungsgericht plante schon 2023 darüber zu entscheiden, ob die BAföG-Bedarfssätze verfassungswidrig sind. Ich bin davon überzeugt, dass das evident der Fall ist. Die Bundesregierung sieht das anders.

Wenn das Bundesverfassungsgericht entscheidet, der BAföG-Bedarfssatz ist verfassungswidrig? Es wird dann wahrscheinlich wie beim SGB II und SGB XII ein Geschacher um ein politisch motiviertes Herunterrechnen des ausbildungsbezogenen Existenzminimums geben. Das Deutschland-Semesterticket wird dann als Wohltat für die Studierenden gepriesen. Es ist zu befürchten, dass die Studierenden, die behindert sind oder auf dem Land wohnen, wo keine Busse und Bahnen fahren, vergessen werden. Es kann Monate bis Jahre dauern, je nachdem welche Frist das Bundesverfassungsgericht setzt.

Dagegen macht es Sinn, für eine umgehende BAföG-Reform auf die Straße zu gehen, um das BAföG krisensicher und existenzsichernd zu gestalten. Von vielen, z.B. der SPD wird gefordert, auch für ein Teilzeitstudium BAföG zu zahlen. Damit würde das letzte Schlupfloch für viele arme Studierende, die mit einem Teilzeitstudium Bürgergeld bekommen können, gestrichen, wenn es beim Leistungsausschluss für Studierende, die nicht bei den Eltern wohnen, im SGB II und SGB XII bleibt. Auch dieser Leistungsausschluss sollte deshalb endlich gestrichen werden, damit das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle Studierenden gewährleistet wird.



Helen Vogel („BAföG für Alle“-Kampagne

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Vor ziemlich genau einem Jahr standen wir hier ganz in der Nähe am Jungfernstieg und haben im Rahmen der Demonstration „Leerer Bauch studiert nicht gern – soziale Verbesserungen sofort!“ eine Zwischenkundgebung zum Thema BAföG für alle! gemacht. Dieser waren bereits mehrere Vollversammlungen an der Uni Hamburg vorangegangen.

Jetzt sind wir ein Jahr klüger geworden und beim BAföG hat sich auch was getan → von der völlig unzureichenden Reform, die vor ein paar Wochen beschlossen wurde, brauche ich hier niemandem etwas erzählen.

Vor allem aber sind wir mit der heutigen Demonstration initiativer Teil eines bundesweiten Aktionstages. Der letzte bundesweit koordinierte, studentische Kampf war die erfolgreiche Abschaffung der Studiengebühren (in Hamburg 2011). Wir stehen jetzt nicht am Ende eines Kampfes um soziale Verbesserungen, deren mickriges Ergebnis 200€ Inflationsausgleich und eine Nicht-Verschlechterung des BAföG sind. Wir stehen vielmehr am Anfang der notwendigen Wiederbelebung einer bundesweiten studentischen Bewegung.

Um zu erkennen, was heute möglich ist, lohnt sich ein Blick in die Geschichte. Zu verstehen, wie das BAföG – in seiner ursprünglichen Form als Vollzuschuss, erkämpft wurde, gibt Ausblick für unsere Kämpfe heute. Denn das BAföG wurde ebenfalls durch Studierende erkämpft – nämlich durch die Studierendenbewegung der 68er.

Zu der Zeit damals forderte der US-Imperialismus auf den Schlachtfeldern des Vietnamkriegs täglich neue Opfer. Um die Verstaatlichung der Ölindustrie rückgängig zu machen, hatten der britische und US-amerikanische Geheimdienst im Iran den Schah an die Macht geputscht. Die Bundesrepublik wollte Notstandsgesetze einführen und die alten Nazi Eliten waren in allen gesellschaftlichen Bereichen noch oder wieder in Amt und Würden.

Die Universitäten waren elitäre, hierarchische Institutionen zum Erhalt dieses Status Quo. Die Forschung und Lehre gaben keine Antwort auf die auch schon damals bestehende kapitalistische Krise, sie waren keine Alternative zum Krieg und sie schufen auch keine Perspektive für mehr soziale Gleichheit.

International begann sich gegen all das Widerstand zu regen. Zunächst waren es kleine Gruppen an den Hochschulen, die dagegen aufbegehrten. Maßgeblich initiativ dabei war der SDS – ein Bündnis von sozialrevolutionär, sozialreformerisch und radikaldemokratisch gesinnten Studierenden. Innerhalb einiger Jahre wuchs diese Bewegung rasant an. Die Unzufriedenheit mit der deutschen Politik erreichte in Hamburg einen Höhepunkt als der Schah von Persien nach Deutschland eingeladen und mit Pomp und Gloria empfangen wurde. Es schlossen sich eine Menge Unzufriedener, bis dahin aber stumm gebliebene Studierende den Protesten gegen die imperialistische Politik an. Sie gründeten in Hamburg mit der kritischen Universität eine Gegenuniversität, setzten sich mit dem Marxismus auseinander, kämpften um eine gesellschaftskritische Ausrichtung der Wissenschaften, schrieben Flugblätter zur Aufklärung über die kriegerische Außenpolitik im Konflikt mit der Propaganda der Springer-Presse und brachen so auch

mit der kulturellen Enge der Restauration, mit familiärer Normierung und konservativen Rollenklischees.

Mit all dem verbunden war die Forderung nach verbesserten sozialen Lebensbedingungen, der kulturellen und sozialen Öffnung der Hochschulen (also, dass alle Menschen studierenden können unabhängig von ihrer Herkunft), für eine echte Demokratisierung der Hochschulen. Dafür arbeiteten sie eng mit der Schüler:innen- und Lehrlingsbewegung zusammen, weil es um gute Lebensbedingungen für alle ging – eben das Ende des weit bekannten und viel zitierten Muffs von 1000 Jahren.

Die 68er forderten ein Studienhonorar. Das in den Kämpfen entwickelte Selbstbewusstsein, dass es auf unser aller Arbeit, das Begreifen und Verändern der Welt durch Bildung und Wissenschaft ankommt, war wesentlich dafür. Diese Forderungen trafen auf eine Gesellschaft, die selbst für ihre Beibehaltung objektiv immer mehr höher qualifizierte Arbeiter:innen brauchte. Das ging aber nicht, ohne gleichzeitig breiten Teilen der Gesellschaft den Zugang an die Hochschulen zu ermöglichen, die durch diese neuen Möglichkeiten und die bereits gebildeten Ansprüche an eine grundsätzlich andere, menschenwürdige Gesellschaft (DDR als Nachbar) nicht einfach brave Studierende wurden, die sich gehorsam zu nützlichem Humankapital machen ließen.



Die Universität wie sie heute nach den neoliberalen Reformen der 1990er Jahre ist, gibt wiederum keine Antwort auf die gesellschaftliche Krise. Von der kriegslüsternden Bundesregierung ist erst recht keine Linderung der Probleme zu erwarten. Die FDP klammert sich religiös an die Schuldenbremse und Frau Stark-Watzinger will nicht einmal das vorgesehene Geld für die BAföG Reform ausgeben. Studierende, Auszubildende und Schüler:innen, - erst recht wenn sie nicht zu jedem Blödsinn Ja und Amen sagen,- interessieren die politischen Stellvertreter der Rüstungslobby höchstens als einzuhegende Unruheherde. Das ist nicht zuletzt auch in der Corona-Pandemie nachdrücklich deutlich geworden.

Entscheidend für die Politisierung sind – und das kann ich aus eigener Erfahrung sagen – Menschen, die sich gegen das Gang und Gäbe stellen und unter allen Bedingungen für eine menschenfreundliche Gestaltung der Welt kämpfen. Das hat mir ermöglicht die befreiende Erfahrung zu machen, gegen die so weit verbreitete Erzählung der Alternativlosigkeit, persönlichen Einfluss auf die gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu gewinnen. Ohne diese Erfahrung stünde ich heute nicht hier. Diese umfängliche Lebens- und Menschenbefürwortung und die damit einhergehende oppositionelle Arbeit ist die Alternative, sie ist begeisternd und überzeugend. – Alle sollten daran mitwirken können!

Es ist höchste Zeit für eine grundlegende gesellschaftliche Wende!

Statt Kürzungspolitik und Kriegsgebahren braucht es:

Unsere Vernunft, um unsere Lage zu verstehen;

Unsere Mut im Kampf gegen die Profiteure dieser Misere;

Unsere Solidarität mit gleichgesinnten auf der ganzen Welt und

Unsere Kreativität für die Schaffung einer humanen Alternative!

Wir haben heute die Erfahrungen von 68. Wir haben auch die Errungenschaften – wie beispielsweise die demokratischen Gremien der Hochschulen. Und wir wissen, dass ein BAföG für Alle nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist.

Also lasst uns dafür streiten, dass es auch verwirklicht wird!

Und aus niemals wird heute noch!



Fotos: Tobias Berking